



Rundbrief 57

Zwangsarbeit in Flehingen 1939 – 1945

Grundlage für die folgenden Erhebungen ist die sogenannte Zwangsarbeiterkartei¹ des Generallandesarchivs Karlsruhe (GLA) für das Bezirksamt Karlsruhe. Sie wurde 1994 von Bernd Breitkopf, dem heutigen Kreisarchivar in ihrer jetzigen Form erschlossen. In ihr sind alle zugänglichen Informationen wie Name, Herkunft, Arbeitgeber, Unterkunft, Strafen usw. aus verschiedenen Quellen zusammengefasst aus damaligen Unterlagen von Betrieben, Verwaltungen, Krankenversicherung, Arbeitsamt, Gesundheitsamt usw. Sie umfasst insgesamt rund 40.000 Karteikarten zum Teil im Original mit Passbild und Fingerabdrücken, zum Teil nach der NS-Zeit erfasst. Die Angaben sind nicht vollständig, manchmal ungenau und widersprüchlich. Die Kartei gibt jedoch einen wertvollen Einblick in die damaligen Vorgänge um diese zwangs-verschleppten Menschen und ihre Familien, ihre Odyssee durch verschiedene Lager, über Krankheit, Flucht und Tod. Wirklich gezählt hat nur die Verwertung ihrer Arbeitskraft.

Wir haben diese Kartei speziell zu Arbeitgebern in Flehingen ausgewertet nach Verlauf und nicht nach Stichtag. Oft gab es Wechsel der Arbeitgeber, Zu- und Wegzüge, dann haben wir die Person nur einmal gezählt nach dem „dominierenden“ Arbeitgeber. Öfter lag nur der Wohnsitz in Flehingen, der Arbeitseinsatz aber bei BLANCO/EGO in Derdingen. Diese Fälle haben wir nicht mitgezählt.

¹ „Kartei der Fremd- und Zwangsarbeiter/innen/ Ausländerkartei, ca. 1939 – 52“, Signatur 357 Zug 1973 Nr. 55, Karton 1 – 45

Tabelle 1

345 Zwangsarbeiter in Flehingen (Gesamtzahl)			
Zahl	Nation	Männer	Frauen
143	"Russland"	96	47
94	Polen	67	27
52	"Lettland, Rumänien" usw	52	0
22	unbekannt	11	11
13	Frankreich	12	1
12	Italien	9	3
5	Belgien	5	0
4	Niederlande	3	1
345		255	90
		74%	26%

Insgesamt waren wir über die große Zahl von 345 Betroffenen vom Kind bis zum Greis erstaunt, da es in Flehingen kaum Industrie und Rüstungsproduktion gab. Flehingen verzeichnete 1939 laut Karl Banghard nur 128 Arbeitsstellen. (mit Haushaltsgehilfen)

Tabelle 2

Arbeitgeber	Reichsbahn		Gebr. Ebert		Luisenhof		Gemeinde		Sonstige		unklar	
Anzahl	110		25		18		3		162		27	
davon	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w	m	w
Nation "Russland"												
143	50	0	2	12	1	5	0	0	36	27	7	3
Polen												
94	2	0	4	3	5	1	3	0	42	18	6	5
"Lettland, Rumänien" usw.												
52	52	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Unbekannt												
22	1	0	1	3	2	0	0	0	6	8	1	0
Frankreich												
13	2	0	0	0	1	0	0	0	8	1	1	0
Italien												
12	0	0	0	0	1	2	0	0	5	1	3	0
Belgien												
5	4	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Niederlande												
4	0	0	0	0	0	0	0	0	3	0	0	1

Unter „sonstige Arbeitgeber“ sind landwirtschaftliche Betriebe und Haushaltungen zusammengefasst, darunter durchaus Betriebe mit 6-8 Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen, die Mühlen Rupp und Kugler, daneben das Handwerk wie Bäcker, Maurer, Steinmetz, Schmied, Wagner und Schreiner. Die Landwirtschaft war sehr arbeitsintensiv, die Männer waren in den Krieg geschickt, zurück blieben die Frauen, Kinder und Alte. Oft mussten die polnischen und sowjetischen Zwangsarbeiter den Betriebsführer ersetzen. Mit der Eskalation des Krieges gab es einen zunehmenden Wettbewerb um diese Arbeitskräfte mit den „kriegs-wichtigen“ Rüstungsbetrieben. Teilweise wurden die Zwangs-Arbeiter in eine Uniform gesteckt und an die Front geschickt, auch darüber gibt die Kartei Auskunft.

Bei der sowjetischen Nationalität taten sich die Erfasser in der Einordnung schwer: „Russland“, Baltische Staaten, Ukraine usw. sind teils separat aufgeführt, teils vermengt auch unter dem Sammelbegriff „Lettland, Rumänien, Ukraine, Tschechei...“

Die ZG (landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft) und das Gräflich-Douglas'sche Rentamt (Grundbesitz und Wald) kommen in der Kartei nicht wie andernorts vor. Offensichtlich wurde der Arbeitseinsatz hier über die Zentralen in Karlsruhe und Gondelsheim gesteuert. Über den gräflichen Pächter Hagenbucher (Luisenhof) sind 18 Zwangsarbeiter erfasst. Auch die Firma Hermann Frank verfügte laut Kartei in der Produktion über keine Zwangsarbeiter.

Der überwiegende Unterbringungsort für Zwangsarbeiter war der private Haushalt, das vermietete Zimmer oder die Gaststätte (Adler, Grüner Hof und Sonne werden öfter erwähnt). Sicherlich mussten einige in ausgebauten Scheunen, Anbauten und Schuppen wohnen. Gesichert an bewachten Barackenlagern ist die Existenz des Reichsbahnlagers in Sickingen hinter der Kürnbacher Straße. Möglicherweise gab es ein solches Lager auch an der Bahnhofstraße, die genaue Adresse auf den Karteien ist oft unklar. Die Betriebe „Gebr. Ebert“ und der Luisenhof hatten wahrscheinlich ebenfalls eine lagermäßige Unterbringung, schon aufgrund der Rassenbestimmungen gegen die hauptsächlich beschäftigten „Russen“ und Polen. In der Kartei wird eine „Arbeitskolonie Nr. 338/2117“ in der Bauerbacher Straße 335 als Unterkunft erwähnt, näheres unbekannt. Die Gemeinde hatte vermutlich ein eigenes

Lager wie in den umliegenden Dörfern üblich (auch zur Vermietung an Andere). Die Kartei weist nur drei Polen aus, welche bei der Gemeinde arbeiten mussten. Allerdings steht auf der Kartei des polnischen Arbeiters Johann Wanaks, geboren 1907, die Eintragung: „13.3.40 – 31.7.40 auf dem Kommando der Gemeinde Flehingen“. „Kommandos“ bestanden in der Regel aus 30 oder mehr Zwangsarbeitern. Vielleicht sind hier Kriegsgefangene gemeint, welche nicht namentlich erfasst, sondern lediglich pro Kopf an die Wehrkreisverwaltung abgerechnet wurden.



Foto: Aufmarsch der NS-Parteigliederungen, „Robert-Wagner-Straße“ bei der Gaststätte: Fünf Schneeballen, ohne Datum, Archiv Karl Banghard

Im Gemeindearchiv haben sich verschiedene Schriftstücke und Verträge erhalten, der erste Vertrag zwischen Bürgermeister Becker und dem Dulag (Durchgangslager) über polnische Kriegsgefangene wurde bereits am 4. November 1939 unterzeichnet, also kurz nach dem Überfall auf Polen. Am 29. Juli 1940 wurden zehn Polen vom Bürgermeister „angeboten“, sieben Arbeitgeber unterschrieben die Vertragsbedingungen: u.a. monatliche Bezahlung von 25.- RM plus Kost, Wohnung und Sozialversicherung.

Vom 27.7.1940 existiert eine Namensliste mit 13 polnischen Gefangenen, welche Geld für Uniformstücke zur Sicherheit hinterlegen mussten. Ein „Arb-Kdo Nr. 633“ für entlassene Kriegsgefangene bestand in Flehingen, verwaltet vom Stalag 7c (Kriegsgefangenenlager). Als Wachmannschaften für die Lager wurden Männer aus dem Ort in speziellen mehrwöchigen Kursen geschult und auch an der Waffe ausgebildet.



Auch aus der Kartei konnte der „Junge aus Polen“² identifiziert werden, welcher als 15-jähriger beim Landwirt Peter Lingenfelder als Schafsknecht arbeiten musste.

Es handelt sich um **Idzislav Zawiza** (auch Zidow und Zowice geschrieben), geboren am 3.4.1928 in Polen, vom 4.3.43 bis 1.3.45 beschäftigt bei Lingenfelder.

Beruf „Schafsknecht“.
Vermerk „Strafverfg.“?

Auf dem Bild: der 15-jährige Zwangsarbeiter Idzislav Zawiza rechts als „Schafsknecht“ bei der Schafsschur.

Über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in Flehingen sagt die Kartei wenig aus, lediglich Flucht und Tod sind knapp registriert, einzelne Geldstrafen (10 – 30 RM) für strafbares Verhalten wie: unerlaubter Aufenthalt, Fahrrad- und Zugfahren, Nichttragen des „Polen“- oder „OST“-Zeichens sind aufgelistet mit Bezahlhinweis. Tatsächlich schlug die Staatsmacht in Form der GESTAPO erbarmungslos und brutal zu bei Verfehlungen wie Flucht (was häufiger vorkam), „Sabotage“, Widerstand usw. Die Opfer wurden in die GESTAPO-Folterkeller in Karlsruhe, Ritterstraße und Gerichtsgefängnis Ettlingen verschleppt, oft mit Hilfe von Denunzianten. Sie wurden dort nach „Mitwissern“ verhört, geschlagen, gefoltert und oft in ein KZ-ähnliches „Arbeitserziehungslager“ verbracht. Einige verstarben dabei. Besonders so genannte „GV-Verbrechen“³ endeten mit dem Tod durch öffentliches Erhängen (ohne Justiz) der slawischen Männer, die deutschen Frauen wurden an den öffentlichen Pranger gestellt, die Haare geschoren und ins Gefängnis gesteckt. Fast 40

² „Ortsfamilienalbum Sickingen“, Heimatkreis, 2017, Foto Seite 31

³ sexuelle Beziehungen zwischen polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern („Untermenschen“) und deutschen Frauen

solcher Fälle alleine in Baden in wenigen Monaten sind in der Literatur nachgewiesen. Federführend war der Vize-GESTAPO-Chef von Baden Dr. Faber. Er wurde -wie andere- nie zur Rechenschaft gezogen, die Verfahrensakten liegen im GLA.

In der Kartei unerwähnt ist zum Beispiel folgender Vorgang: Der Pole Wasyl Barylatz, geb. am 25.10.1901, verheiratet, drei Kinder war laut Kartei vom 16.4.42 – 25.3.43 (!) bei der Firma Hermann Woll, Steinbrunnengasse beschäftigt, keine weiteren Angaben. Laut Abmelde-Bescheinigung der Gemeinde wurde er aber am 03. Februar 1945 nach „Ettlingen, Polizeigewahrsam“ (GESTAPO) abgemeldet von der Ehefrau des Firmenbesitzers. Die Abmeldung erfolgte sicherlich, wie streng vorgeschrieben, zeitnah. Wohl- bemerkt: Die Nazis hatten den Krieg längst verloren, Auschwitz vor einer Woche durch die Rote Armee befreit. Was dann mit ihm geschehen ist und ob er die GESTAPO überlebt hat, war nicht herauszufinden, in Totenlisten der Opfer in Ettlingen taucht er nicht auf. Eine größere Anzahl von Opfern liegt auf dem Ettlinger Friedhof, Stolpersteine erinnern an ihre Geschichte, ein neues Mahnmal wird demnächst eingeweiht.

Bagdanowa			
Vorname: Ksenija			
Geburtsort und -ort: 28. 2. 02 in Luga			
Beruf: früherer Buchhalterin jetziger landw. Helferin			
Familienstand: ledig		Zahl der Kinder: keine	
Religion: christlich		Fingerabdrücke (Zeigefinger)	
Heimatort (Distrikt bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.): Luga, Kreis Leningrad		links	rechts
Besondere Kennzeichen: -			
A 203 (1. 42) Reichsdruckerei, Berlin		Din 476 A	

Aufenthalt ^{des} der ⁱⁿ Zivilarbeiter ^s				
von	bis	Name, Ort, Straße (Arbeitgeber)	Unterkunft (falls nicht bei Arbeitgeber wohnend)	Bemerkungen
16.7.42		Siegfried Weber, Landwirt und Ratsdiener in Flehingen Kirchgessnerplatz 309		
21. 8. 42.		Wegen Geisteskrankheit dem Arbeitsamt Karlsruhe zur Heimbeförderung zurückgegeben lt. Mitteilung des Bürgermeisters des Amtes Flehingen.		

Bild: Karteikarte Bagdanowa, Ksenija aus dem Kreis Leningrad (Vor- und Rückseite) „zurückgegeben wegen Geisteskrankheit“, GLA, Zwangsarbeiterkartei.

Nähere Angaben über die angebliche „Geisteskrankheit“ (Bild) der sowjetischen Buchhalterin und ihr weiteres Schicksal konnten im GLA nicht ermittelt werden. Sicher ist, dass Schwangere und andere „Kranke“ nur in den ersten Monaten des Krieges in ihre Heimatländer zurückgeschickt wurden. Später wurden solche „Kranken“ in Kliniken und Psychiatrien gesteckt. Falls sie dort als dauerhaft arbeitsunfähig kategorisiert wurden hat man sie in die Vernichtung geschickt oder selbst getötet. Auch das für Flehingen zuständige PLK Wiesloch verfuhr mit hunderten Insassen so, wie die detaillierte Literatur belegt.

Zeugenaussagen oder Berichte von Zeitzeugen zur Zwangsarbeit in Flehingen gibt es -außer zum Reichsbahnlager- wenige. Die Mitteilungsfreude erwacht erst über Vorgänge nach dem „Zusammenbruch“, also der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Da werden viele „Geschichtlen“ erzählt von den bösen, raubenden „Fremdarbeitern“, von den „marodierenden Marokkanern“, von Vergewaltigungen „deutscher Frauen“. Solche Dinge hat es für einige Tage gegeben. Dies beantwortet jedoch nicht die Frage nach Ursache und Wirkung und wer diese Menschen eigentlich ins Land geschleppt hat, wie es ein französischer Militär⁴ in Karlsruhe ausgedrückt hat. Vergewaltigungen und Schwängern von abhängigen Zwangsarbeiterinnen durch „deutsche“ Männer galt vor Kriegsende als Kavaliersdelikt. Die französische Militärpolizei hat schnell die Ordnung wiederhergestellt

⁴ Josef Werner: „Karlsruhe 1945“, 2. Aufl., 1986

und Täter rigoros erschossen, wie Schilderungen⁵ aus verschiedenen Kraichgaugemeinden zu entnehmen ist. Geplündert und geschoben hat auch die Ortsbevölkerung eifrig, wie beide Autoren belegen. Der bei Steidle erwähnte erschossene algerische Soldat ist in Flehingen begraben. Wie ambivalent die Gefühle damals waren belegt ein Satz von Steidle: „Eine aufkommende antinazistische Stimmung unter Teilen der Bevölkerung schuf im Ort eine ungute Atmosphäre“ (?!).

Die Zwangsarbeiter wurden im Mai 1945 vor allem in ein Sammel-lager in Gochsheim (Lager der Ziegelei Bott) gebracht. Die Flehinger Bürger und die Gemeinde mussten Lebensmittel und Kleidung liefern, die nutznießenden Firmen nicht. Wie aus dem Gemeindearchiv hervorgeht hat die Gemeinde wohl wissend alle Stücke nach Einwohnerlisten registriert und gekennzeichnet. Ausgerechnet einem Großbauern wurde z.B. ein abgegebener Anzug zurückgegeben, weil er zerschlissen war.

Es ist belegt, dass einzelne Einwohner Zwangsarbeiter mit Lebensmitteln und Kleidung heimlich versorgt haben und nett mit ihnen umgegangen sind, auch wenn diese nicht für sie arbeiteten. Zwiespältig sind die verschiedenen „Persilscheine“, welche Zwangsarbeiter – warum auch immer – in Spruchkammerverfahren ausgestellt oder unterschrieben haben, weil z.T. Interessenskonflikte vorlagen (siehe Spruchkammerakten GLA). Die Forschung weiß, dass Zeitzeugenberichte manchmal ungenau und subjektiv sind und hinterfragt werden müssen. So hat z.B. der polnische Zwangsarbeiter Stanislaw Norek, der bei einem Bauern arbeiten musste, im Verfahren gegen Bürgermeister Becker (GLA 465f, Nr. 808) angegeben, dass in Flehingen ca. 30 Polinnen und Polen gewesen wären. Laut Kartei waren es jedoch mindestens 94.

Große Zwangsarbeiterlager für die Rüstungsindustrie in der Nähe von Flehingen: Derdingen (BLANCO/EGO), Bretten (Herd- und Rüstungsindustrie), Knittlingen (Firma Straub), Sternenfels (Firma Schweitzer u.a.), Maulbronn (Steinbrüche Burrer, Metallindustrie

⁵ z.B. „Flehinger Kriegstagebuchblätter“ von Otto Steidle, Manuskript o.D., S.7, auch veröffentlicht im „Rundbrief“

Schenk und Schmid & Wetzel), Odenheim (verlagerte Borsigwerke, zuvor RAD-Lager), Weingarten (Lackfabrik Schwaabe, Papier-Kugel u.a.), Gochsheim (Ziegelei Bott und Sägemühle Kessler)

Katholische Pfarrer und „Ausländerseelsorge“

Vor allem viele der polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren sehr gläubig. Teile des Klerus gingen darauf ein und kamen dabei in Konflikt mit den Verboten des NS-Staats (kein Besuch der „deutschen“ Messe, keine Ohrenbeichte, Taufe und andere Sakramente, Messe in Lagern nur in bewachten Kolonnen und in deutscher Sprache), aber auch mit dem Ordinariat in Freiburg. Die Kirche verteidigte zwar ihre Eigenständigkeit aus dem Reichskonkordat von 1933, schuf aber viele eigene restriktive Verordnungen in Bezug auf die „Ausländerseelsorge“. Einige Dokumente sind im Kirchenarchiv Flehingen-Sickingen in Bezug auf die Lager in Derdingen erhalten. Schuhladen-Krämer, „Zwangsarbeit in Karlsruhe“, Seite 44 f., verweist auf den Leitfaden „Seelsorgemöglichkeiten unter den ausländischen Arbeitergruppen“, 1943 an jede Pfarrei verteilt (EAF Generalia, B2-47/40): „Es ist angeraten, in der Öffentlichkeit mit Sondergottesdiensten für diese Arbeitergruppe zurückhaltend zu sein... jede seelsorgerische Betreuung für die mit Abzeichen „OST“ versehenen Arbeiter ist verboten. Diese dürfen auch keine deutsche Kirche betreten“.

Schuhladen-Krämer zitiert auch den Stadtpfarrer und Dekan Geistlicher Rat **Dr. Richard Dold** in Karlsruhe, welcher das Ordinariat über die Erhängung von drei Polen informiert und von seiner Bitte, in der Nacht einen Gottesdienst in der Kapelle halten zu dürfen (wurde nur in der Zelle erlaubt) und gleichzeitig von seiner Bitte um Bination (Erlaubnis, mehrere Messen an einem Tag zu halten). Pfarrer Dold wurde 1941 und 42 zwei Mal von den Nazis zu Geldstrafen verurteilt, im März 1943 wurde er durch die SS in „Schutzhaft“ genommen und sollte in das KZ Dachau verbracht werden. Auf dem Transport wurde er krank und befreit und ist 1969 verstorben⁶.

⁶ Ulrich v. Hehl „Priester unter Hitlers Terror“, 1984, Seite 412.

Bereits vor der „Machtergreifung“ der Nazis waren die ev. und kath. Ortsgeistlichen aktive Nazis. Einige bloßgestellte Nazis beriefen sich nach 1945 in den Spruchkammerverfahren auf ihren Einfluss zu ihrer Entwicklung. Pfarrer Senn trat z.B. ungeniert in SA-Uniform in der Kirche auf und wirkte überregional als NS-Propaganda-redner. Dennoch sind für die Kirche St. Martin in Flehingen in den 1940er Jahren zwei Fälle von Vikaren dokumentiert, welche wegen „Polenilfe“ in die Fänge der Verfolgung gerieten:

Der Pallottinerpater **Josef Friedrich**, geb. 1898 aus Limburg war wie seine Mitbrüder bereits unter Beobachtung der GESTAPO, als er seine Stelle in Flehingen antrat und wohl aus Limburg vertrieben.

KL: <u>BUCHENWALD</u>		Häftlings-Personal-Karte		Häftl.-Nr.: <u>81.596</u>	
Fam.-Name: <u>Friedrich</u> Lt. Zgl.	Überstellt	Personen-Beschreibung:			
Vorname: <u>Johann Joseph</u> (ger)	am: _____ an KL.	Größe: _____ cm			
Geb. am: <u>13.3.1898</u> in: <u>Goldhausen</u>	am: _____ an KL.	Gestalt: _____			
Stand: <u>ledig</u> Kinder: _____	am: _____ an KL.	Gesicht: _____			
Wohnort: <u>Brüg, Pr. Engländer</u>	am: _____ an KL.	Augen: _____			
Strasse: <u>Pr. Rheinland</u>	am: _____ an KL.	Nase: _____			
Religion: <u>r. Kath.</u> Staatsang.: <u>D.R.</u>	am: _____ an KL.	Mund: _____			
Wohnort d. Angehörigen: <u>Pater</u>	am: _____ an KL.	Ohren: _____			
<u>Joseph F. Büschbach, Pr. Nassau</u>	am: _____ an KL.	Zähne: _____			
Eingewiesen am: <u>17.9.1944</u>	am: _____ an KL.	Haare: _____			
durch: <u>Stapo Köln</u>	am: _____ an KL.	Sprache: _____			
in KL.: <u>Buchenwald</u>		Bes. Kennzeichen: <u>E</u>			
Grund: <u>Polit.</u>	Entlassung:	Charakt.-Eigenschaften: _____			
Vorstrafen: _____	am: <u>1.11.44</u> durch KL.: _____	Sicherheit b. Einsatz: _____			
	mit Verfügung v.: <u>per. Kommando KS. Scheidebank</u>				
	<u>nach Stapo Köln</u>				
	<u>vom Stapo Köln am 7.11.44</u>				
Strafen im Lager:	Bemerkung:	Körperliche Verfassung: _____			
Grund: _____	Art: _____				

1.1.5.3/5896702, individ. Unterlagen Buchenwald, ITS Digital Archive, Arolsen

Er war zunächst kurzfristig in Freiburg eingesetzt und bat dort den Bischof, ihn im Norden der Diözese zu verwenden, weil er als Vizeprovinzial oft nach Limburg müsse, da der Pater Rektor, Stellvertreter und eine Reihe anderer Ordensvertreter verhaftet seien (Erzbischöfliches Archiv Freiburg, EAF). Seine polizeiliche Abmeldung in Flehingen – von ihm unterschrieben – fand am 3.1.1944 statt. 1944 wurde er verhaftet und wegen „Taufe von drei

Polenkindern“ (v. Hehl, Seite 592) und wegen Mitführen unerlaubter Schriften für drei Monate in das KZ Buchenwald gesteckt.

Im Spruchkammerverfahren gegen Bürgermeister Becker nennt dieser den Vorgang und beschuldigt einen Flehinger Bürger, den Pater wegen Taufe von „drei Sowjetkindern in Derdingen“ denunziert zu haben. Laut Auskunft von Prälat Helmut Moll starb er 1956 und ist somit kein „Blutzeuge“

Der Franziskanerpater **Regimbert (Hermann) Steinberger**, geb. 1913, wurde 1942 kurzfristig inhaftiert, verwarnt und erhielt Unterrichtsverbot wegen eines „ungebührlichen Witzes“ (Ulrich von Hehl) und Zwangsarbeiterhilfe. Laut seinem „Persilschein“ für H. Frank ist er von der GESTAPO verhaftet worden wegen Äußerungen gegen Rosenberg und Goebbels (Eigenaussage). Laut dem Archiv der dt. Franziskaner besteht noch Datenschutz für seine Personalakte. Er starb 2003.

Weitere Pfarrer aus dem Kraichgau mit Gefängnis und KZ wegen Hilfe für Zwangsarbeiter:

Der Pfarrer **Emil Thoma** aus Eppingen kam am 2.7.1941 bis 28.3.45 über das Gefängnis „Fauler Pelz“ in Heidelberg in das KZ Dachau, weil er von einem Gemeindemitglied denunziert worden ist, trotz des obrigkeitlichen Verbots, Polen zur Messe zugelassen zu haben und wegen weiterer „Vergehen“ in der Jugendarbeit⁷. In einem „Persilschein“ für Hermann Frank hat er ausgesagt, dass die Familie Frank ihm trotz dadurch entstandener Gefährdung regelmäßig wertvolle Lebensmittel ins KZ Dachau geschickt habe. Er hat zusammen mit einem anderen Pfarrer konspirativ eine Liste aller evangelischen und katholischen Pfarrer aus Dachau nach außen geschmuggelt, um die Kirche wachzurütteln, die sogenannte „Mangold-Thoma-Liste“. Die Liste ließ er über seine vertraute „Pfarrköchin“ an den (exilierten) Rottenburger Bischof geben, nicht an seinen (naziaffinen) Bischof Gröber.

Nach der Befreiung beklagte er und andere betroffenen Pfarrer die unzureichende Hilfe seiner Kirche und seines Bischofs (siehe Buch

⁷ Ausführlich in: Eugen Weiler (Hrsg:) „Die Geistlichen in Dachau...“, 1971, mit dem Nachlass von Emil Thoma.

Eugen Weiler). Insgesamt waren 2.720 Geistliche in Dachau, 1.240 starben (Wikipedia „Pfarrerblock KZ Dachau“).

Pfarrer **Anton Fränznick** wurde 1889 in Rohrbach am Gießhübel geboren. Er war Mitglied der fundamentalistischen „Schönstattbewegung“ und deshalb von den Kirchenoberen mehrfach versetzt. In Bollschweil am Kaiserstuhl kritisierte er in einer Predigt die Erschießung eines polnischen Zwangsarbeiters, welcher ein Verhältnis mit einer Bollschweilerin gehabt haben soll. Im Juli 1942 kam er deshalb ins KZ Dachau und ist dort wegen seiner extrem staubigen Arbeit an einer Kräutermühle und Typhus im Januar 1944 verstorben (der Veganer Himmler hatte den Kräuteranbau in Dachau persönlich angeordnet, viele Pfarrer waren bei den Kräutern eingesetzt). Er hatte sich auf seinen Tod als Märtyrer vorbereitet. Seine Urne ist in Eppingen-Rohrbach beigesetzt, das Grabmal ist von dem katholischen Maler Emil Wachter gestaltet (Inschrift: „Priester und Märtyrer – Christ“) s.a. Buch Eugen Weiler und Wikipedia zu Anton Fränznick.

Der ehemalige evangelische Pfarrer und spätere kommunistische Funktionär in Mannheim **Erwin Eckert**, geboren in einer Lehrerfamilie in Zaisenhausen mit sieben jüngeren Geschwistern, saß ebenfalls ab 1936 u.a. wegen Hilfen für Zwangsarbeiter und „Vorbereitung zum Hochverrat“ für ca. vier Jahre im Zuchthaus Ludwigsburg. Bereits am Tage nach dem Reichstagsbrand 1933 kam er in Schutz- und Strafhaft bis Oktober 1933⁸. Eckert wurde 1931 als ev. Pfarrer amtsenthoben, aus der SPD ausgeschlossen und trat der KPD bei. Erst 27 Jahre nach seinem Tod wurde er 1999 von der ev. Kirche Baden rehabilitiert.

Eingesetzt für die Zwangsarbeiter in den Emslandlagern („Moorlager“) hat sich auch der Flehinger Pfarrer (1930-1934) **Max Hess** geb. 1894, verst. 1978 in Oldenburg, obwohl selbst glühender Nazi. Als Obergefängnispfarrer in Bruchsal ab 1934 schrieb er am 14.7.1937 zeitgleich mit seinem evangelischen Kollegen Mayer einen mutigen Brief an die Direktion der Strafanstalten: „Wahrnehmungen bei Zellenbesuchen“. Darin schreibt er, die Gefangenen hätten sich bis vor kurzem danach gesehnt, zur Kultivierung ins Emsland zu

⁸ Hartmut Hensgen in KRAICHGAU, Hrsg. Heimatverein Kraichgau, Folge 24, 2015 und Balzer, Friedrich-Martin: „Ärgernis und Zeichen“ u.a.

kommen. Nun erzählten Zurückgekommene und auch Begleitmannschaften von unmenschlicher Behandlung und zu wenig Essen dort. „Mit Ohrfeigen seien sie empfangen worden, und Ohrfeigen, Treten, Stoßen mit Gewehrkolben, gemeine Ausdrücke und ehrverletzende Beschimpfungen seien stets auf der Tagesordnung gewesen. Wegen der kleinsten Verstöße gäbe es die unsinnigsten Strafen, z.B. 100 Kniebeugen mit dem Spaten, obwohl man von der Arbeit todmüde sei“. Auf schwächliche Menschen nehme man keinerlei Rücksicht, diese würden noch besonders schikaniert usw.⁹

In dieser Zeit wurden alle Gefangenen auf Anordnung des badischen Generalstaatsanwalts listenmäßig auf „Moortauglichkeit“ geprüft¹⁰ die Zeit des „Tütenklebens“ war vorbei, „Erziehung durch Arbeit“ war angesagt, welche später in der „Vernichtung durch Arbeit“ endete. Die „Moorsoldaten“ wurden zu Tausenden an die Rüstungsindustrie „ausgeliehen“, auch in unsere Region, z.B. für BLANCO/EGO 1944 ca. 100 „Z-Häftlinge“ für das Außenwerk Walbach/Elsaß (GLA, ebenda) und ab 1943 über das Zuchthaus Ludwigsburg für das Stammwerk in Derdingen (Spruchkammerakte Heinrich Blanc).

Ab 1941 war Max Hess Oberpfarrer der Emslandlager in Papenburg, trat im selben Jahr aus der Kirche aus, Ziviltrauung, später ein Kind, kath. getauft. In einem Brief an den Freiburger Bischof Gröber am 24. März 1941 begründet er seinen Austritt mit dem „undeutschen, unmännlichen Verhalten“ seiner Amtsbrüder und deren „oftmals an Hochverrat grenzende Gesinnung“, welche ihn „anwidere“ und mit einem Bekenntnis zum „Nationalsozialismus frei von jeglichem Dogma“. Er wird in den Quasi-KZs des Emslandes Regierungsrat, geht 1941 als Hauptmann für 18 Monate in den „Russlandkrieg“, dann leitender Posten im Wehrmachtsstrafvollzug (1945 taucht er unter), wie er am 12.3.1946 an Bischof Gröber schreibt „mit der Bitte um Laisierung“ (EAF).

⁹ GLA 309/1211 und Jörg Schadt: „Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden“, 1976, Seite 314 f.

¹⁰ (GLA 309 1987 Nr. 54 Nr. 809)

Das Reichsbahnlager in Sickingen

„Räder müssen rollen für den Sieg“. So stand es auf Banderolen an den Tendern der Dampfloks der Kraichgaubahn. Dieselbetrieb gab es wegen Treibstoffmangel nicht mehr. Die Reichsbahn war verstaatlicht. Nach der Doku „Das Kriegserbe der Bahn“ von Winfried Oelsner (Phönix, 16.11.16) kam die obige Parole von Albert Ganzenmüller, 1942 durch Speer eingesetzter Stellvertreter der DR. Ohne Reichsbahn wäre der Holocaust nicht möglich gewesen. Etwa drei Mill. Opfer seien mit Zügen in den Tod gefahren worden. Bezahlt wurde nach Tarif durch die SS aus Vermögen der Opfer. Etwa 12 Mill. Zwangsarbeiter seien ins Reich transportiert worden. Mit ca. einer halben Million sei die DR der größte Arbeitgeber für Zwangsarbeit gewesen beim Güterumladen, Bauunterhaltung, später auch Einsatz als Heizer und Zugführer. Nach dem Krieg sei keiner der Reichsbahnfunktionäre verurteilt worden, weil sie gebraucht wurden oder wie Ganzenmüller durch die Alliierten als Berater des Diktators Peron nach Argentinien gebracht wurden. Im Rahmen der Entschädigungsdiskussion für Zwangsarbeiter um das Jahr 2000 habe die DB insgesamt 35 Mill. für vorenthaltene Löhne in Höhe von 700 Mill. RM bezahlt.



„Russenslager“ der Deutschen Reichsbahn
BNN-Foto, Werner Banghard ca. 1970



Zwangsarbeiter bei der DR¹¹

Nach der Kartei waren 110 männliche Zwangsarbeiter im Reichsbahnlager Flehingen-Sickingen, falls alle Kategorien der Gefangenen

¹¹ bei der Instandsetzung zerstörter Gleiskörper am Haupt- und Rangierbahnhof Karlsruhe (aus: Erich Bauer/Josef Werner „Die 40er Jahre“, G. Braun, 1995, Seite 63.)

dort registriert wurden. Davon waren rund 100 „Ostarbeiter“, welche als „rassische Untermenschen“ besonders schweren Arbeits- und Haftbedingungen unterworfen waren. Zum Vergleich: im April 1942 gab es nach den Tabellen von Schuhladen-Krämer ca. 950 Lagerplätze für Reichsbahnzwangsarbeiter in der Stadt Karlsruhe.

Das Lager befand sich in Sickingen in damals unbebautem Gebiet im Gewann ‚Mailohn‘ auf einer bahneigenen Wiese unterhalb des „Bahnwärterhäusle Treutle“ östlich des Reichenbergweges an der Kürnbacher Straße, später „Schlittenwiesle“ (Grundbuch 6343 Be). Es bestand aus bewachten und umzäunten Holzbaracken ohne Wasser- und Abwasseranschluss, entsprechend waren die hygienischen Verhältnisse. Laut Zeitzeugen durften sich die Gefangenen ab und zu in Kolonnen im „Gänsgarten“ an der Kohlbach waschen (bei Anwesen von Berg/Kirchgessner). Zum Arbeitseinsatz wurden sie (in Holzpantoffeln, so dass man sie von weitem hören konnte und ärmlich bekleidet) in Kolonnen den Reichenbergweg hochgetrieben und links und rechts der Bahnschienen verteilt, bzw. in Züge verladen. Auch am Bahnhof und vor allem bei der Güterabfertigung waren sie eingesetzt, z.B. für BLANCO/EGO in Derdingen. *„Zur Bedienung des kriegswichtigen Betriebes der Firma Blanc & Fischer in Derdingen sind beim Bahnhof Flehingen zwei Lastkraftwagen stationiert. Diese Lastkraftwagen werden mit Generatorgas betrieben“*. Der Bau eines Schuppens für die Lagerung von Brennstoff wird im November 1943 beantragt (GLA 421-1, Nr. 2139) Vermutlich gab es weitere Unterkünfte in Bahnhofsnähe.

Die Flehinger Bauern konnten die Gefangenen gegen Bezahlung „ausleihen“, zum Beispiel für Ernteeinsätze. Von der RB wurden sie vor allem für schwere Gleisbauarbeiten („Rotte“) eingesetzt (Reparatur von Gleisanlagen nach Fliegerangriffen) und zur Bombenbeseitigung. Schutzeinrichtungen vor Fliegerbomben gab es für sie nicht. Nach 1945 wurden die Baracken rasch abgefackelt, angeblich wegen Seuchengefahr, Ratten, Flöhen und Läusen. Man wollte die Spuren dieser menschenfeindlichen Ausbeutung schnell beseitigen. In den 1970er Jahren wurde das Grundstück bebaut.

Der frühere NSDAP-Kreis- und Ortsgruppenleiter Friedrich Ankener (bis 1936 Flehingen) war am Ende des Krieges als Bahnhofsleiter in

Karlsruhe auch zuständig für die Versorgung der Reichsbahnlager. Nach Zeugenaussagen soll er Geld für Lebensmittel eingespart und z.T. in die eigene Tasche gesteckt haben. Er war auch für die Bahnzwangsarbeiter der Region zuständig bei Beschwerden, Verstößen gegen die Arbeitsordnung und politischen Angelegenheiten. Seine Zusammenarbeit mit der GESTAPO ist belegt (GLA 465f Nr. 1478).

Kdo.Nr.	Kdo. - O r t	Unternehmer Unterkunft	Telefon	Anzahl der Krgf.
2022 X	Bretten	Schuhfabr. Kinz Haus Schmulewitz	Bretten 267	28
2048 sowj. Offz.	Flehingen	Dt. Reichsbahn Baracken Kürnbacherstr.	Flehingen 11	9
2049 swj. Offz.	Flehingen	Siegrist Gustav Baracken Kürnbacherstr.	Flehingen 51	23

Brief vom Arbeitsamt Karlsruhe an den Wehrkreisbeauftragten Vb in Straßburg vom 25.11.1943 (GLA 460 Nr. 320, Seite 367)

Aus der Liste geht hervor, dass es sich um Offiziere der Roten Armee gehandelt hat. Diese wurden besonders schlecht behandelt. Zu Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion wurden sie bei Ergreifen sofort erschossen („Kommissarbefehl“), ab Mai 1942 zur Zwangsarbeit wegen wachsendem Bedarf der Rüstungsindustrie ins Reich verschleppt ohne völkerrechtliche Standards. Etwa 5,7 Mill. Angehörige der Roten Armee gerieten in deutsche Kriegsgefangenschaft, 3,3 Mill. von ihnen starben durch Erschießen, Erfrieren, Hunger und Seuchen¹². Vor allem die Offiziere waren es aber auch, die in den Lagern Widerstand und Sabotage organisierten und Verbindung zu antinazistischen Kräften aufnahmen. Widerstandsgruppen des BSW („Brüderliche Hilfe“) sind in der Gegend aus Eppingen, Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg, Rastatt und Weisenheim bei Gernsbach bekannt.¹³

¹² (Katalog „Deutsch-Russisches Museum Karlshorst“, 2014, Seite 63ff.)

¹³ (Ulrich Herbert: „Fremdarbeiter“, 1985, Seite 320, Joseph A. Brodski: „Im Kampf gegen den Faschismus“, Berlin- DDR 1975, Schuhladen-Krämer: „Zwangsarbeit in Karlsruhe“, Seite 85ff. u.a.)

B. Teilerledigungen.

II. Aus Lager 2049 in Flehingen entwichene sowjetrussische Offiziere.

(Zu Sonderausgabe DtKPBl Nr. 4898 a V vom 7. 6. 44.)

Ltn. Nikoleij Kupzow, Ltn. Fedor Kusakow und Ltn. Wladimir Eremeev wurden am 3. 6. 44 in Möglingen, Kr. Ludwigsburg, wiederergriffen.

Noch flüchtig:

Sokolow, Viktor, Ltn., 20. 9. 12, Gef.-Nr. 50050; 1,64 m, schlank, schwa. Haare.

Festnahme!

4 K. 6. 6. 44. KPLSt Stuttgart.

III. Von Arbeitskommando 2049 Flehingen (Elsaß) entwichene sowjetrussische Offiziere.

(Zu Sonderausgabe DtKPBl Nr. 4884 a VI vom 20. 5. 44.)

Ergenij Schukow wurde am 10. 5. 44 in Zaberfeld, Kr. Heilbronn, wiederergriffen. | Noch flüchtig ist:
Bogdanow, Arkady, Ltn., 19. 5. 22, Gef.-Nr. ?

Festnahme!

8265/44. 17. 5. 44. KPLSt Stuttgart.

Alleine für die Monate Mai und Juni 1944 gibt es in den „Sonderausgaben zum Dt. Kriminalpolizeiblatt“ fünf Eintragungen wegen Flucht von sowjetischen Gefangenen aus dem „Lager 2049“ in Flehingen (US-Holocaust-Memorial-Museum). Von den sechs Namen steht nur Solokow in der Kartei.

Kriegswichtige Kraichgaubahn

Aus der Kartei geht hervor, dass es ab November 1944 zahlreiche „Umversetzungen“ von Zwangsarbeitern in das Reichsbahnlager gab, vor allem aus anderen Bahnstandorten, z.B. Bad Rappenau. Die Kraichgaubahn war zur wichtigen strategischen Nachschubstrecke für die neue Westfront und die Rüstungsindustrie geworden, nachdem andere Strecken durch Bombardierung der Alliierten ausfielen. Eugen Stezenbach beschreibt im Buch „Die Kraichgaubahn“, 2004, Seite 45 ff. die Situation: Ab September 1944 gab es schwere Angriffe durch die Bomber der Alliierten. Ab Dezember 1944 fuhren Güterzüge nur noch bei schlechter Wetterlage oder in der Nacht. Der Personenverkehr wurde zunehmend verboten. Eine Reihe von Zügen hatte Flak-Begleitwagen am Zugende. Viele Industrieanlagen, Brücken und Bahnhöfe waren Ziel der Bomber, aber auch die Bevölkerung. Riesige Militärzüge mit 40 bis 50 Waggons mit Soldaten, Panzern, Fahrzeugen und Pferden fuhren nach Westen. Durch Zerstörung der Infrastruktur der Rüstungsbetriebe und der Nachschubwege der

Wehrmacht hofften die Alliierten den Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ zu beschleunigen, schreibt Ulrich Merz (a.a.O, Seite 81 ff.). Im März 1945 fielen Bomben auf den Bahnhof Flehingen. Ab der zweiten Märzhälfte fuhren zahlreiche Räumungszüge von West nach Ost mit Munition, Treibstoffen, Nahrungsmitteln, aber auch Akten und ganze Verwaltungen und Stäbe nach irgendeinem Ziel. Am 1.4.1945 wurde der Zugverkehr ganz eingestellt. Die Wehrmacht und die SS sprengten die Brücken der Kraichgaubahn, darunter auch beide Brücken in Flehingen, ebenso Züge – auch mit Gefahrgut. Bereits ab 1.6.1945 fuhren dank der amerikanischen Pioniere wieder Zivilzüge nach Eppingen, nun unter Betriebsführung des US Transportation Corps, Güterzüge bereits ab Ende April.

Im Spätsommer 1944 bombardierten die Alliierten einen Zug, der u.a. russische Kriegsgefangene in ein Lager in Flehingen bringen sollte.

Walter Pfefferle schreibt dazu 1987¹⁴:



Foto: Havarierte Lok bei Flehingen, ohne Datum, Archiv Karl Banghard

„Schlagartig jedoch, wie im Übungsflug, stürzten die Tiefflieger über den Sickinger Wald, als sie einen fahrenden Zug der Kraichgaubahn entdeckten. Es donnerten die Bordwaffen...Minuten darauf fuhr der Güterzug in den Flehinger Bahnhof ein...Die Gewalt der Bordwaffen hatte Löcher in den Tender gerissen, das Kesselspeisewasser rann aus der Lok. Schwer getroffen war der Packwagen, in dem das Zugpersonal, russische Kriegsgefangene und deren Bewacher Platz genommen hatten. Das Gefangenenlager war unterhalb des Bahnwärterhauses Treutle eingerichtet. Die Gefangenen sollten von Oberbauarbeiten in ihr Lager zurück. Augenblicklich musste gehandelt werden, denn der Wassermangel im Kessel hätte zu Explosion führen können.

¹⁴ in „Kraichgau 1945“ Band II, 1996, Seite 125

Es war ein Durcheinanderbrüllen, deutsche und russische Laute „Raus, raus, dawei, dawei“, so hörte es sich an. Erst jetzt sahen die Bahnleute, dass noch ein russischer Gefangener auf dem Boden lag. Er war tot. Er war vielleicht siebzehn oder achtzehn Jahre alt. Ob sein Tod jemals beklagt wurde? Sein schäbiger Brotbeutel hing zerschissen an seinem durchschossenen Leib. Die Habe des Jungen bestand aus ein paar überreifen Gurken, die er wohl irgendwo mitgenommen und in seinem Beutel verstaut hatte. Sein Blut und die glitschigen, zerfetzten Reste seiner wahrscheinlichen Abendmahlzeit im Lager klebten an Wänden und Decken des Packwagens. Die Russen mussten ihren toten Kameraden zurücklassen. Sie wurden von den Wachsoldaten in ihre Lager in Sickingen getrieben. Der deutschen Bevölkerung war verboten, Kriegsgefangenen etwas zukommen zu lassen. Aber so manche erbarmungsvolle Mutter, die in der Nähe der Bahngleise wohnte, die vielleicht selbst einen Sohn in der Gefangenschaft hatte, stellte, von der Bewachung unerkannt, einen Topf gekochter Kartoffeln am Bahndamm ab, über den sich die Kriegsgefangenen verstoßen her machten“.

Flehinger Betriebe:

| Sägemühle Gebr. Ebert



Belegschaft der Sägemühle mit Hakenkreuzfahne, 1938.

Sie fertigte Bunkerbetten für den Westwall (Ortsfamilienalbum Flehingen S. 18)

Laut der Zwangsarbeiterkartei waren hier die meisten Verschleppten beschäftigt (25), vor allem viele Frauen aus der Sowjetunion und Polen. „Bürstenholzfabrik“ steht oft auf den Karteikarten, es wurden

auch andere kriegswichtige Produkte hergestellt z.B. Bunkerbetten für den Westwall.

Der Betrieb wurde 1808 von dem auswärtigen Fabrikanten Josef Strauß als „Papiermühle“ im Kraichbachtal gegründet (Papierherstellung aus Lumpen), wechselte oft seine Besitzer und Nutzungen: Öl- Gips- und Getreidemühle, Hanfreibe. Ab 1885 im Besitz der Familie Ebert, 1907 Schreinerei, Glaserei, Bürstenhölzer, ab 1909 Stromerzeugung und –Lieferung für Flehingen mit der dazugehörigen Infrastruktur. 1948 hatte die Firma ca. 40 Mitarbeiter, später hieß sie „Holzindustrie Braxmeier“. Die Werkshallen sind heute abgerissen. Auf dem Gelände entsteht ein Wohnpark mit 52 Bungalows.

Zur Geschichte: Peter Lingenfeller: „S.F. Sauter“, 2016, Seite 108 ff. und Manuskript von Karl Banghard für eine Ausstellung des Heimatkreises zu Arbeitsstätten, o.D.

Luisenhof / Pächter Hagenbucher

Der Luisenhof ist ein traditionsreiches Hofgut des Adels, früher ein eigenes kleines Dorf. Bis 1945 war es im Besitz des Grafen Douglas und zuletzt an Gustav Hagenbucher verpachtet. Das Anwesen und das dazugehörige große Ackerland liegen weitab vom Dorf Sickingen an der Grenze zu Bahnbrücken. Neben Viehwirtschaft wurden schon früh Sonderkulturen mit verschiedenen Pflanzen und Gemüse angebaut, die in der Pflege und Ernte sehr personalintensiv waren. Mindestens zehn Zwangsarbeiter und acht Zwangsarbeiterinnen mussten dort arbeiten. Nach alliierten Vorgaben musste der Großgrundbesitz des Adels nach 1945 „entflochten“, d.h. reduziert werden. Der bisherige Pächter erwarb das Anwesen zu günstigen Bedingungen.

Gebr. Woll

Die Firma Woll beschäftigte mindestens sechs Zwangsarbeiter. Werkstätten und Wohnhäuser lagen in Sickingen am Kohlbach („Wollegäßle“). Hermann und Josef Woll mit Familien waren sehr innovative Techniker und Schrauber mit viel Gefühl für Mechanik, Fahrzeuge und technische Neuerungen im Motor- und Maschinenbau. Sie bauten Dreschmaschinen, mobile Sägemaschinen und betrieben saisonal die Dreschhalle. Auch fertigten sie

Maschinenbauteile für die badische Industrie. Zu Beginn der Elektrifizierung produzierten und lieferten sie Strom für die Sickinger Haushalte, dieser Geschäftszweig wurde von Josef Frank gegründet. Bis zum Ende der Firmentätigkeit in den 1960er Jahren wurden die Maschinen durch selbst mit Turbinen aus dem Kohlbach erzeugtem Strom betrieben.

Sonderfall Firma Hermann Frank

Die Kartei weist für die Firma **keine** Zwangsarbeiter aus. Lediglich im privaten Haushalt der Familie ist eine „Haushaltshilfe“ verzeichnet, ein Privileg für linientreue Familien mit drei oder mehr Kindern zur Unterstützung der „deutschen Mutter“. Ob Hermann Frank keine Zwangsarbeiter wollte oder keine bekam ist nicht geklärt, immerhin war die Firma sehr prosperierend. Das Arbeitsamt Bretten schrieb der Firma am 12.11.1941: „Bei dem gegenwärtigen Kräftemangel für vordringliche Aufgaben können ihnen keine Kräfte zugewiesen werden“. Der Weiterbau eines Maschinentyps wurde verwehrt, andererseits wurde die Errichtung von Fabrikgebäuden von der Organisation Todt noch in der Endphase des Krieges erlaubt. Die Gattin, Frieda Frank, schrieb am 27.11.1947 an die Spuchkammer, ihr Mann habe Angebote auf Umstellung zum Rüstungsbetrieb abgelehnt, Fremdarbeiter und Gefangene seien ihm angeboten worden. Jedenfalls hat sich der Betrieb in der Nazizeit auch aufgrund von technischen Erfindungen sehr schnell entwickelt, Vermögen und Einkommen stiegen stark an, was später den Vorwurf der „Nutznießerschaft“ begründete. Der Betrieb war auf Elektromotoren, Holzbearbeitungs- und Bodenschleifmaschinen spezialisiert. Die Belegschaft stieg von fünf Mitarbeitern 1925 auf ungefähr 60 „gegen Kriegsende“ an. Das Firmengelände an der Östlichen Bahnhofstraße wird gerade mit Wohnhäusern neu bebaut.

Hermann Frank war ein bekennender Nazi und PG, Gemeinderat und stellvertretender Bürgermeister ab 1935 („nur bestimmt, Becker hat alles alleine gemacht“), DAF-Walter (Obmann) Flehingen und NSF-Mitglied. Beim Spruchkammerverfahren haben Bürgermeister Haag und der „Politische Ausschuss“ angegeben, dass er Uniform getragen und bei den Aufmärschen beim Ortsgruppenleiter (Späth) marschiert sei. Frank macht geltend, dass er bekennender Katholik

geblieben sei (im Gegensatz zu seinen Parteiliebenden, welche aus der Kirche ausgetreten sind, dann „gottgläubig“ waren und 1945 schnell wieder eingetreten sind mit „Persilscheinen“ der Pfarrer). Als Beweis legt er ein Foto mit seiner Teilnahme an der Fronleichnamprozession vor und die Tatsache, dass seine drei Kinder das katholische Paulusheim in Bruchsal besucht hätten trotz Anfeindungen durch die NSDAP. (Im „Lagebericht“ Nr. 58 vom 30.7.1936 für den Gauleiter Wagner schreibt der Generalstaatsanwalt: „Seit drei Wochen ist im Lande Baden, von Karlsruhe ausgehend, eine Kirchenaustrittswelle im Gange...Wie ich höre, mussten alleine beim Polizeipräsidium Karlsruhe zwei Beamte zur Entgegennahme der Austrittserklärungen neu eingestellt werden“ Jörg Schadt, Seite 243). Frank hat etlichen Zwangsarbeitern in Flehingen mit Lebensmitteln und vorübergehender Unterkunft geholfen, was diese später bestätigen. Vor allem Pater Regimbert Steinberger und der Pfarrer Emil Thoma (s.o.) bescheinigen der Familie, dass sie in der Haft durch sie tatkräftig und mutig unterstützt wurden mit Lebensmittel u.a. Pater Regimbert war seit 1941 in dauerhafter Verbindung mit der Familie Frank, wie er nach 1945 schrieb. Die Franks hätten arme Ausländer, vor allem Polen und Slowenen unterstützt. Nach seiner Verhaftung durch die GESTAPO hätte sich die Familie nach seinem Verbleib erkundigt und ihn besucht (GLA 365k Nr. 3010, Hermann Frank).

Ferdinand Neumann, jüngster Bruder der Seherin „Resle von Konnersreuth“ war im katholischen Widerstand im „Konnersreuther Kreis“ (auch: Edith Stein) tätig und kam deshalb 1939 in „Schutzhaft“ der Karlsruher GESTAPO. Wieder frei, betätigte er sich als Schleußer von Flüchtenden in die Schweiz und Flugblatttransporteur. Nach seinen Aussagen gewährte ihm die Familie Unterschlupf, Lebensmittel und Geld und sogar den PKW als er 1943 verfolgt wurde. Vor allem die Mutter von Frank suchte den Rat der bekannten Seherin Therese aus Konnersreuth, auch wenn sie zuweilen von ihr brüsk abgelehnt wurde.

Der 1947 vom Staat eingesetzte Treuhänder der Firma, der Karlsruher Antifaschist Otto Schneider, selbst acht Jahre im KZ, biss sich an der Firma die Zähne aus. Die Familie Frank wolle, dass kein Zeuge auftreten kann, welcher die Nutznießerschaft nachweist, schreibt er.

Frau Frank habe ihn rausgeschmissen, er sei schlimmer als die Nazis. Das Amt für Vermögenskontrolle knickt ein und zieht ihn am 24.6.1947 als Treuhänder zurück. Hermann Frank wird 1947 als Minderbelasteter Gruppe III eingestuft mit Geldstrafe und Bewährung von zwei Jahren belegt, durch Berufung im November auf sechs Monate herabgesetzt, später durch Gnadenantrag an den Ministerpräsidenten auf drei Monate und Sühne 2.000 RM, Stundungsantrag 3.5.1948 („hat sich aktiv für die katholische Kirche eingesetzt“, schreibt sein Rechtsanwalt). GLA 465 k, Nr. 3010. Seit etwa zwei Jahren gibt es eine „Hermann-Frank-Straße“ im Neubaugebiet am ehemaligen Firmengelände.

Zwangsarbeit kompakt:

Zwangsarbeit in der Nazizeit im Allgemeinen ist seit den 1980er Jahren gut erforscht. Viele der seither entstandenen Arbeiten gelten heute in der Forschung als unumstrittene Standardwerke. Arbeitsbedingungen, Zwang, Ernährung, rassistische Reglementarien, Todesraten, Nutznießer, Täter, Verfolgungsapparat usw. können nachgeschlagen werden. Auch die Aktenlage in den Archiven ist nicht so schlecht, wie nach 1945 behauptet wurde („alles durch Bomben verbrannt“, „von den Nazis vernichtet“).

Die deutschen Bürokraten arbeiteten akribisch. Gefehlt hat bis heute mancherorts der Wille, dieses blutbefleckte Kapitel der deutschen Geschichte aufzuarbeiten, um Schlussfolgerungen für heute ziehen zu können, um eine gerechte Entschädigung der Opfer und eine Entschuldigung für die Zwangsverschleppung möglich zu machen. Nach 1945 haben die alliierten Streitkräfte dafür gesorgt, dass an jedem Ort Namenslisten erstellt, die Umstände von Tod und Verhaftung untersucht, nach Vermissten gefahndet und Gräberlisten erstellt wurden (nur im Teilarchiv Flehingen wurden keine solche Listen gefunden).

Der „Generalbevollmächtigte“ für die millionenfache Verschleppung, Fritz Sauckel, höhnte noch 1944, dass „keine vier Prozent von denen, die dort hausten, freiwillig gekommen waren“. Zwei Jahre später wurde er von den Alliierten in Nürnberg gehängt. Zwangsarbeit spielte sich in jedem Dorf und in jeder Stadt sichtbar

vor den Augen aller statt. „Davon haben wir nichts gewusst“, ist eine Zwecklüge.

Der Begriff Zwangsarbeit beschreibt die Arbeit in- und ausländischer Menschen, wenn die Arbeit gegen den Willen der Beschäftigten mit außerökonomischem Zwang durchgesetzt wurde z.B. Verbot, das Land, den Ort und das Lager zu verlassen, den Arbeitsplatz zu kündigen, fehlende tarifliche Absicherung, Kontaktverbot, Ausgangssperre. Qualität der Arbeit, Arbeitsschutz und Arbeitszeiten, Schutzbestimmungen für Frauen, Umgang mit Gefahrstoffen galten für sie nicht. Zwangsarbeit gab es mit Beginn der Nazizeit für politisch Verfolgte Deutsche in den frühen KZs und Straflagern, für Baden z.B. das KZ Kislau bei Mingolsheim, später für rassistisch verfolgte Juden und Minderheiten wie Sinti und Roma und sog. Asoziale. Im Rahmen der Kriegsvorbereitung wurde dieses System perfektioniert und ausgeweitet und die Planung für das Kommende gemacht. Seit 1937 bereitete die Wehrmacht den Einsatz von zukünftigen Gefangenen systematisch vor, im Juli 1938 ordnete Göring die Beschäftigung von Gefangenen in der Landwirtschaft an (Ulrike Winkler, Hg.: „Stiften gehen...“, 2000, Seite 131). Beim Überfall auf Polen waren alle Pläne und Verordnungen bereits in der Schublade, so dass bereits Wochen später die ersten Gefangenen im Kraichgau verteilt werden konnten. Ende 1939 wurden bereits ca. 300.000 polnische Soldaten über die Stalags in der Landwirtschaft eingesetzt (a.a.O). In den besetzten Gebieten waren die Arbeitsämter die ersten Behörden, welche eingerichtet wurden zur Verteilung und Deportation der Arbeitskräfte, Männer, Frauen, auch Kinder und Greise. Die Zielstellung und die Behandlung der jeweiligen Personengruppen hing von ihrer Stellung innerhalb der NS-Rassenhierarchie ab: Juden und Sinti und Roma sprach die NS-Ideologie das Lebensrecht ab, Slawen galten als rassistisch minderwertig und waren deshalb rechtlos und mussten die Kennzeichen „P“ bzw. „Ost“ tragen, West- und Nordeuropäer waren weiter oben angesiedelt. Sowjetbürger („Ost-Arbeiter“) standen am unteren Ende der Skala, ebenso die italienischen „Militärinternierten“ ab 1943, denen man „Verrat“ vorwarf. Während der 12-jährigen NS-Herrschaft änderten sich schrittweise die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen der Zwangsarbeit. Den sich ständig ändernden Machterfordernissen des NS-Apparates wurde der

Einsatz angepasst und erhielt eine immer stärkere wirtschaftliche Funktion.

In der Landwirtschaft war mit 44,4 % der höchste Ausländeranteil. Sie waren einzeln oder in kleinen Gruppen untergebracht, Kontakte zu den Familien waren deshalb unvermeidlich. Aus der räumlichen Nähe und der unmittelbaren Verfügungsgewalt entstanden Freiräume für Mitmenschlichkeit, aber auch für körperliche Übergriffe, die von Prügeln bis zu Vergewaltigungen reichten. Obwohl Strafen auch im NS-Staat eigentlich nur für die Staatsorgane vorgesehen, schrieb die Landesbauernschaft Karlsruhe neben vielen anderen Verhaltensmaßregeln fest: „12. Das Züchtigungsrecht steht jedem Betriebsführer für die Landarbeiter polnischen Volkstums zu, sofern gutes Zureden und Belehrungen ohne Erfolg waren. Der Betriebsführer darf in einem solchen Fall von keiner Dienststelle deswegen zur Rechenschaft gezogen werden“ (Schuhladen-Krämer, Seite 74).

Im internationalen Militärtribunal (IMT) in Nürnberg wurden im Hauptprozess „Deportation zur Zwangsarbeit“ und „Versklavung“ als wesentliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft. Heute geht die Forschung davon aus, dass rund 20 Millionen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen insgesamt ausgebeutet wurden, je nach Zählart und unterschiedlichen Kategorien, 14 Millionen im Reich und sechs Millionen in den besetzten Gebieten¹⁵

„Fremdarbeiter“	Kriegsgefangene	Strafgefangene
8,4 Mio.	4,6 Mio	ca. 0,2 Mio
„Arbeitsjuden“	KZ - Gefangene	Sinti + Roma und „Asoziale“
0,11 Mio.	ca. 1,0 Mio	??

Mit der zunehmenden Gewissheit, den angezettelten Weltkrieg zu verlieren wuchs die Aggressivität und der Terror gegen die Zwangsarbeiter und Häftlinge. Durch das „Jägerprogramm“ vom Frühjahr 1944 wurde das Ausbeutungssystem radikalisiert und entfesselt. Auch in unserer Gegend wurden unterirdische Verlagerungen von Rüstungsbetrieben wie Daimler-Benz, Bosch u.a.

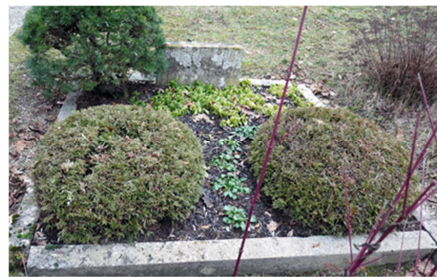
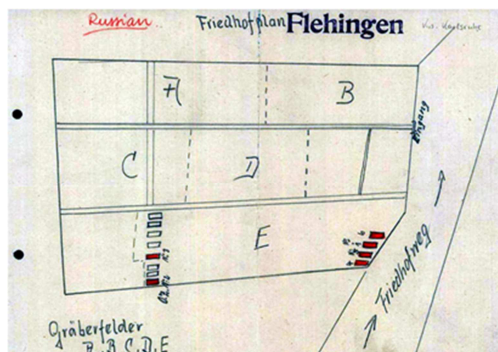
¹⁵ (u.a. Katalog: „Zwangsarbeit im Nationalsozialismus“, Seite 181 und Kuczynski in „Stiften gehen...“ Seiten 170 – 185):

innerhalb von wenigen Monaten mithilfe von Häftlingen realisiert oder begonnen, z.B. die „Neckarlager“ des KZ Natzweiler (Vaihingen/Enz, Mosbach usw.) und die Außenlager des (badischen) KZs Schirmeck in Rotenfels (Gaggenau), Rastatt und Schwarzwald. In Maulbronn (Geheimname „Tell“) und Neuenbürg/Enz („Dachsbau“) wurden im Winter 1944/45 unter mörderischen Arbeitsbedingungen solche Verlagerungen für DB bis zur Produktionsreife aufgebaut. Dabei war die Sterberate der Sklavenarbeiter extrem hoch. Die Reichsbahnlager waren in der Wichtigkeit den Lagern des „Jägerprogramms“ gleichgestellt. Ob auch in Derdingen ein Außenlager des KZs Natzweiler existierte, wie in der älteren Literatur und im Internet beschrieben, ist nicht abschließend geklärt.

Tote mahnen – Zwangsarbeitergräber in Flehingen

Wie viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Flehingen starben konnte abschließend nicht geklärt werden. Jedenfalls waren es deutlich mehr als heute auf dem Friedhof sichtbar.

Diese Kriegsoffergräber stehen eigentlich seit den 1950er Jahren unter gesetzlichem Bestands- und Pflegeschutz. Die Toten mussten eigentlich am Ort ihres Einsatzes begraben werden. Am östlichen Eingang des Friedhofs werden heute zwei Grabstellen öffentlich gepflegt (ohne Beschriftung).



Grab mit vermutlich vier sowjetischen Zwangsarbeitern.
Foto: Werner Banghard

Sechs „russians“ begraben (ohne Namen)

<https://digitalcollections.its-arolsen.org/050305/content/titleinfo/1316140>

Da Gräberlisten lt. Nachfrage bei der Gemeinde nicht zur Verfügung stehen, hier eine Aufstellung aus verschiedenen Archivalien, darunter ITS (s.o.), Liste an Denkmalamt des Bürgermeisters Kugler

von 1973 (StALu), genealogig.net und Zwangsarbeiterkartei (Aufzählung unvollständig):

1. Wasiak, Jad(o)wig(k)a, Arbeiterin, gest. 12.4.1945, Polin
2. Lutschowski (Wuschowski), Ivan, geb. 7.1.1910, gest. 15.2.1945, Sowjetbürger
3. Roman, Stefan, Arbeiter, gest. 15.4.1945, Pole
4. Schtscheka, Pavel, Arbeiter, unbekannt, Sowjetbürger
5. Buryak, Lawion, geb. 20.9.1898, gest. 7.12.44, Sowjetbürger
6. Kononowa, Mina, geb. 2.6.1921, o.D., Sowjetbürgerin
7. Schteka, Pavel, Arbeiter, unbekannt, Sowjetbürger
8. Wala, Gerit, geb. 30.1.1923, gest. 19.2.1945, Niederländerin
9. Gontkiewitz, Wladaw, geb. 28.5.1888, Reichsbahn Flehingen, gest. 11.10.1945 in Ettlingen, dort begraben, Pole

Literaturempfehlung:

- Schuhladen-Krämer, Jürgen: „Zwangsarbeit in Karlsruhe 1939-1945“, Stadtarchiv Karlsruhe, 1987
- Winkler, Ulrike (Hg.): „Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte“, 2000
- Steinbach, Peter u.a. (Hg.): „Entrechtet – verfolgt – vernichtet“ (Landeszentrale für politische Bildung BaWü), 1. Auflage, 2016
- Herbert, Ulrich (Hg.): „Europa und der Reichseinsatz“, 1991
- Knodel, Barbara: „Zwerland“, (ein „GV-Verbrechen“ in Ölbronn), 2010
- Stolle, Michael: „Die Geheime Staatspolizei in Baden“, 2001
- Wikipedia zu „Zwangsarbeit“

Wir danken allen zitierten Archiven für ihre wertvollen Hinweise und die Abdruckgenehmigung.

Werner Banghard, März 2019